

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/14/2019

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 04.12.2019, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Uwe Gaumann

Herr Rolf Griesenberg

Frau Susanna Hansen

Herr Detlef Levenhagen

i. V. f. NN.

Herr Erik Schrader

Herr Dr. Detlef Steuer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel

ab 19:13 Uhr, TOP 6

Herr Burkhard Bertram

Herr Olaf Falke

Herr Stefan Gertz

Herr Rainer Möller

i. V. f. Frau Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel

Seniorenbeirat, öffentlicher Teil

Frau Jule Niehus

Kinder- und Jugendbeirat, öffentlicher Teil

Frau Celine Nowotka

Kinder- und Jugendbeirat, öffentlicher Teil

Herr Michael Stukenberg

Verwaltung

Herr Peter Kania

Frau Stefanie Soltek

Herr Stefan Schnabel

Frau Frederike Müller

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Nadine Levenhagen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 12/2019 vom 06.11.2019
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO — **k e i n e** —
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Parkpalette an der Berufsschule
 - 6.2.2. Antrag auf Erwerb eines Grundstückes für ein Parkhaus
 - 6.2.3. Änderungen im ÖPNV zum Fahrplanwechsel
 - 6.2.4. Straßenbeleuchtung Reesenbüttler Redder
7. Erneuerung Hamburger Straße/Städtebauförderungsprogramm **2019/139**
 - 7.1. Alternativantrag zu BV 2019/139 Erneuerung Hamburger Straße/ Städtebauförderungsprogramm Fraktion FDP **AN/091/2019**
 - 7.2. Ergänzungsantrag SPD-Fraktion zur Vorlage 2019-139 - Einrichtung eines Bauprojektmanagements bei der Erneuerung der Hamburger Straße **AN/109/2019**
8. Flächennutzungsplan (FNP) **2019/020/1**
 - Wohnraumpotentialflächen für den 2. Entwurf des FNP
 - 8.1. Änderungsantrag der WAB-Fraktion zum "Flächennutzungsplan (FNP)-Wohnraumpotentialflächen für den 2. Entwurf des FNP" **AN/062/2019**
9. Bebauungsplan Nr. 73, 1. Änderung "Jobcenter" für den Bereich Erika-Keck-Str. 1 und 2 (Flurstücke 560, 577, 578, 579, 580 und teilweise 561 der Flur 16) **2019/125**
 - Beschluss über den Entwurf
 - Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss über die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB

- | | | |
|-------|---|--------------------|
| 10. | Gestaltungssatzung für die historischen Gebäude in der Langen Reihe (Lange Reihe Nr. 1 - 8, Flur 14 – Flurstücke 3, 4, 5, 22)
- Beschluss über den Entwurf
- Beschluss über die Offenlage
- Beschluss über die Beteiligung | 2019/147 |
| 11. | Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 | 2019/119 |
| 11.1. | Antrag zum Haushalt / Bau- und Planungsausschuss PSK 54700 / 521000 Busverkehr, Erstellung eines alternativen Mobilitätskonzepts als Ergänzung zum ÖPNV | AN/084/2019 |
| 11.2. | Planungs- und Baumaßnahme im Rahmen des Radverkehrskonzeptes | AN/085/2019 |
| 11.3. | Bebauungsplan Nr. 100 - beschleunigtes Verfahren wegen Eilbedürftigkeit der Aufstockung des Parkhauses „Alter Lockschuppen“ Fraktion FDP | AN/093/2019 |
| 11.4. | Antrag SPD-Fraktion Haushalt 2020/2021 Ausbau Bogenstraße | AN/110/2019 |
| 11.5. | Antrag SPD-Fraktion - Haushalt 2020/2021 Ausbau Bünningstedter Straße | AN/111/2019 |
| 11.6. | Antrag SPD-Fraktion - Haushalt 2020/2021 Sportpark Beimoor Süd | AN/112/2019 |
| 11.7. | Antrag SPD-Fraktion Haushalt 2020/2021 Erneuerung/Sanierung Hagener Allee (zw. Starweg und Spechtweg) | AN/113/2019 |
| 12. | Anfrage zur Erstellung eines ÖPNV-Konzeptes | AF/2019/022 |

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 13.1. Überdachung und Aufzug am Bahnhofszugang Ladestraße
- 13.2. Bauleitplanung für den Stadtteil Ahrensfelde
- 13.3. Busverkehr Meisenweg und ÖPNV-Anbindung des Stadtteils Ahrensfelde
- 13.4. Baustelleneinrichtung südlich des Fußgängertunnels Manha-gener Allee
- 13.5. Zusammenfassung von Straßenbaumaßnahmen
- 13.6. Rechtzeitiges Stellen und Bekanntgeben von Anträgen
- 13.7. Staus in der Lübecker Straße und Realisierung der Nordtangente
- 13.8. Lichtsignalanlage Hamburger Straße/Brauner Hirsch
- 13.9. Behinderten-WC in der Großen Straße
- 13.10 Fahrradbügel vor dem Peter-Rantzau-Haus

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. **Einwohnerfragestunde**

Herr **Peter Elmers** weist auf das Verkehrsgutachten von Goettsche/Rümenap hin, dass empfiehlt, die Verbindung zwischen Hamburger Straße und Manfred-Samusch-Straße als mögliche Bus-Trasse mittelfristig offen zu halten und nicht zu verbauen.

Er habe unlängst der Verwaltung und einigen Ausschussmitgliedern einen Vorschlag zur Bus-Linienführung übermittelt, der die im Gutachten angesprochene Trasse nutzt und fragt, weshalb die Empfehlung von Rümenap und ihm bei der Ausbauplanung der Hamburger Straße nicht berücksichtigt worden sei.

Die Verwaltung erwidert, dass das aufgrund der im Gutachten erwähnten Nachteile für die Verkehrsabwicklung am AOK-Knoten erfolgt sei.

Der fragestellende Einwohner weist hierzu darauf hin, dass bei seinem modifizierten Vorschlag alle vom Gutachter noch gesehenen Nachteile vermieden würden und insbesondere die Busbuchten auf beiden Seiten des Knoten-Astes Richtung "Tunnel" entfallen würden - eine wesentliche Voraussetzung für die dringend erforderliche Leistungssteigerung des Knotens. Die Haltestellen für die Buslinien Richtung Beimoor und Hagen/Großhansdorf würden dann nicht noch weiter als heute von der Innenstadt entfernt zwischen Reitbahn und Stormarnstraße angeordnet werden müssen, sondern City-nah 200 m näher am Rondeel.

Die Verwaltung sagt eine Stellungnahme zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die daraufhin versandte E-Mail an Herrn Elmers lautet wie folgt:

Die Neuordnung des innerstädtischen Busverkehrs ist eng mit der Neuplanung des AOK-Knotens verknüpft. Die von Ihnen angeregte Diskussion zur Haltepunktanordnung in der Hamburger Straße sollte daher vertagt werden. Eine vorausschauende mittelfristige (Bus-) Verkehrsplanung und dahingehende Lenkung der gesamtstädtischen Straßenbaumaßnahmen ist zwar erstrebenswert, sie erreicht aber dort ihre Grenzen, wo unverhältnismäßige Abhängigkeiten geschaffen und damit die Möglichkeit zur Umsetzung von dringend erforderlichen Maßnahmen ausgebremst wird, zum Teil nachhaltig.

Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass die bautechnische Ausgestaltung der neu geplanten Hamburger Straße sowie des bestehenden Verbindungsstieges zur Manfred-Samusch-Straße die mögliche spätere Aufnahme des Busverkehrs nicht a priori ausschließt:

Der Oberbau der Hamburger Straße wird gemäß der vorliegenden Entwurfssituation einer örtlichen Geschäftsstraße nach RStO 12 dimensioniert. Die sich daraus ergebende Belastungsklasse kann die Belastung aus möglichem Busverkehr aufnehmen. Gleiches gilt für den Verbindungsstieg, dessen Oberbau seinerzeit ebenfalls ausreichend dimensioniert wurde. Der Querschnittsentwurf der Hamburger Straße kann die Fahrzeugbreiten der Busse aufnehmen. Bei dem Verbindungsstieg sollte nicht bloß die Breite der Verkehrsfläche, sondern auch die örtliche Situation der enger stehenden Bebauung und das Sicherheitsbedürfnis schwächerer Nutzergruppen mit bewertet werden; grundsätzlich sind die erforderlichen Breiten mit Ausnahme des Einmündungsbereichs an der Manfred-Samusch-Straße aber auch hier gegeben.

Die nachträgliche Einrichtung eines Haltepunktes in der Hamburger Straße würde zwar bauliche Umgestaltungen erforderlich machen, dieser Aufwand ist allerdings vor der eingangs erläuterten Problematik unter „pragmatischen“ Gesichtspunkten zu bewerten. Die barrierefreie bauliche Ausgestaltung eines Haltepunktes entbehrt zum jetzigen Zeitpunkt jeglicher Sachgrundlage und entspricht nicht dem Planungsauftrag.

Herr **Götz Westphal** bezieht sich ebenfalls auf TOP 7 der heutigen Sitzung und hinterfragt, weshalb neben den vorgestellten drei Varianten beim Ausbau der Hamburger Straße (Nord) die Variante mit dem Längsparken bis zum Rondeel nicht weiter betrachtet wurde. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass sich die zur Verfügung stehende Breite des Straßenraums in Richtung Rondeel verringert durch nahezu grenzständige Gebäude, eine durchgängig fünf Meter breite Fahrbahn, die Komplettierung der südlichen Alleebäume auch aus Gründen des Städtebaus und des zunehmenden Bedarfes, auf den be-

festigten Gehwegen zu flanieren.

Des Weiteren wird auf seine Nachfrage hin bestätigt, dass die Haushaltsmittel zur Beauftragung eines Ingenieurbüros mit dem Baustellen- und Quartiersmanagement im Zuge des Projektes Hamburger Straße bereitstehen.

Abschließend wird das Ermitteln der Zahl an Kfz-Parkplätzen in der Vorzugs- und in den beiden Alternativvarianten erläutert, vgl. hierzu Anlage zu TOP 7 bis TOP 7.2.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, schließt der Vorsitzende diesen TOP.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 22.11.2019 vorgeschlagene Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 14 und 15 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den genannten Tagesordnungspunkten abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Bau- und Planungsausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Klargestellt wird, dass der TOP 12 mit unter TOP 11 Haushalt abgehandelt wird, da die Anfrage unter Berücksichtigung der Stellungnahme durch die Verwaltung haushaltsrelevant ist.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 12/2019 vom 06.11.2019

Wie die Verwaltung richtig stellt, betrifft das im nicht öffentlichen Sitzungsteil unter TOP 16.2 erwähnte Bauvorhaben die Hausnummer 15.

Keine weiteren Einwendungen. Damit gilt das Protokoll unter Berücksichtigung der Korrektur als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *keine* —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Parkpalette an der Berufsschule

Am 20.11.2019 fand ein Abstimmungsgespräch beim Kreis zum Bau der Parkpalette auf dem Grundstück der Berufsschule statt.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass der Kreis den Stellplatzbedarf im Hinblick auf die heutige angespannte Parksituation noch einmal genau darstellen wird. Beabsichtigt ist der Bau von Splitt-Level-Parkdecks die durch Rampen verbunden werden. Ein eventueller Mehrbedarf lässt sich dadurch mit einer zusätzlichen halben Parkebene darstellen.

Aufgrund der beengten Grundstücksverhältnisse und dem geringen Abstand des 8-geschossigen Wohnblocks ist die Einhaltung der erforderlichen Abstandsflächen bei weiteren 2 halben städtischen Parkpaletten nicht mehr möglich. Eine Beteiligung der Stadt Ahrensburg an den Gründungsmehrkosten gemäß Beschluss des BPA erübrigt sich damit.

Auf die Feststellung aus dem Ausschuss, wonach der Bericht erst anhand eines entsprechenden Lageplanes verständlich wird, ergänzt die Verwaltung die Ausführung mit den Hinweisen, dass

- der Kreis Stormarn die Detailplanung erst anfertigen lässt und der Antrag zu gegebener Zeit im BPA vorgestellt wird,
- die zur Verfügung stehende Fläche bereits ohne die ggf. für die städtischen Belange angedachte Ebene voll ausgeschöpft wird, da die von der Höhe des Baukörpers abhängigen Abstandsflächen einzuhalten sind und
- der Kreis Stormarn unter Kostengesichtspunkten nunmehr eine andere Ausführungsvariante favorisiert.

Daraufhin äußern Ausschussmitglieder ihr Unverständnis über diesen neuen Sachverhalt, zumal sich der Ausschuss seinerzeit ausführlich mit der angebotenen Beteiligung der Stadt am Parkhaus des Kreises beschäftigt hat.

6.2.2. Antrag auf Erwerb eines Grundstückes für ein Parkhaus

Wie die Verwaltung bekannt gibt, hat die Geschäftsführung der Nessler GmbH heute per E-Mail folgenden Antrag bei der Stadt Ahrensburg gestellt:

„Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 14.11.2019 zur Errichtung eines Parkhauses und unser diesbezüglich am 21.11.2019 geführtes Gespräch.

Hiermit beantrage ich den Erwerb eines Grundstückes mit einer Größe von ca. 2.900 qm von der Stadt Ahrensburg, gelegen am südlichen Rand des Stormarnplatzes, mit dem Ziel hier ein Parkhaus mit mindestens 300 PKW-Stellplätzen zu erstellen.

Die Gründe für die Notwendigkeit des Parkhauses habe ich Ihnen bereits ausführlich erläutert.

Ich unterstreiche hiermit meine Absicht, die erforderlichen Investitionen in meiner Heimatstadt zu tätigen, um eine lebendige attraktive Innenstadt zu erhalten.

Mit gleicher Post übersende ich dieses Schreiben ebenfalls an die Stadtverordnetenversammlung.

Ich bitte Sie, meinen Antrag auf Erwerb des o. g. Grundstückes zu prüfen und diesem im Sinne einer positiven Stadtentwicklung zuzustimmen.“

Auf Bitte des Vorsitzenden berichtet die Verwaltung von dem Gespräch mit dem Antragsteller über die Ersatzparkplätze für die Hamburger Straße in Form eines Parkhauses auf dem südlichen Stormarnplatzes, mit der Maßgabe des Erhaltens der Bäume und der Sportplätze mit den beiden Spielfeldern.

Durch die sich hierdurch ergebende geringe Fläche sei lediglich ein Parkhaus mit Erschließung der Ebenen durch eine Spindel realisierbar, mit den hiermit einhergehenden Kostenerhöhungen um rund 80/100 % gegenüber Systemparkhäusern. Da die betroffenen Spielfelder derzeit bereits das Mindestmaß nach DFB-Richtlinien aufweisen würden, wäre ein Systemparkhaus nur unter Aufgabe des Sportplatzes zu errichten.

Zum Verfahren wird klargestellt, dass die angedachte Bebauung auf dem südlichen Sportplatz ohnehin die Aufstellung eines Bebauungsplanes erfordere, sich der BPA in seiner Sitzung am 15.01.2020 mit der Alternativenprüfung zur Schaffung von Parkraum (Tiefgarage, Parkhaus, Parkplatz) befassen wird und der oben bekanntgegebene Antrag in die Zuständigkeit des Finanzausschusses falle.

6.2.3. Änderungen im ÖPNV zum Fahrplanwechsel

Im Auftrag des Kreises Stormarn hat die HVV einen Informationsflyer entwickelt über die Änderungen zum Fahrplanwechsel am 15.12.2019. Der Flyer wird über die Vorverkaufsstellen, Verkehrsunternehmen und Kommunen sowie die Internetseite der Stadt Ahrensburg verteilt.

Von einigen Neuerungen im Nahverkehr ist auch die Stadt Ahrensburg betroffen. Der entsprechende Auszug lautet wie folgt:

Regionalbahn von und nach Bargteheide

RB 81

Die Züge verkehren zwischen Hamburg und Bargteheide mo – sa ganztägig in einem 30-Minuten-Takt. Außerdem wird nachmittags eine zusätzliche Fahrt zwischen Ahrensburg und Hamburg Hbf eingerichtet.

Stadtverkehr Ahrensburg

Linien 169 und 469

Zur Neuerschließung der Ahrensburger Gewerbegebiete erhält die Linie 169 einen neuen Linienweg, gleichzeitig wird die Linie 469 eingestellt. Die StadtBus-Linie 169 verkehrt ab Ahrensburg West über Bf. Ahrensburg und Hamburger Straße weiter im Gewerbegebiet über Beimoorweg und Am Hopfenbach. Im Anschluss haben Sie die Möglichkeit, an den beiden neuen Haltestellen Joachim-Klindt-Straße und Doktor-Flögel-Straße ein- bzw. auszusteigen.

Weiter geht es in einer S-Schleife über An der Strusbek, Kurt-Fischer-Straße und die wieder in Betrieb genommenen Haltestellen im Kornkamp bis zum Bf. Gartenholz. Hier haben Sie mo – fr ganztägig direkten Anschluss an die RB 81 von und nach Bad Oldesloe.

Linie E 69 / 869

Die Linie E 69 fährt ab sofort nicht mehr als EilBus, sondern wird zur StadtBus-Linie 869 umgewandelt.

Linien 268, 269, 369, 376, 769, 776, 648 und 658

Nach Beendigung der Baumaßnahmen in Ahrensburg in der Manhagener Allee wird die Haltestelle Moltkeallee aufgehoben. Somit steigen Sie an der Haltestelle Am Aalfang oder Manhagener Allee zu. Die Haltestelle Am Aalfang wird durch den Umbau in Richtung Hansdorfer Straße bzw. Parkallee verlegt.

Linie 8110

Die Linie 8110 fährt Sie mo – fr in den Hauptverkehrszeiten morgens und nachmittags ab sofort im 30-Minuten-Takt von Bad Oldesloe zum Bf. Ahrensburg und zurück.

6.2.4. Straßenbeleuchtung Reesenbüttler Redder

Es wird Bezug genommen auf die Vorlagen-Nr. 2019/045, dessen Beschlussvorschlag der BPA am 15.05.2019 gefolgt ist. Zum Verfahrensstand hat die Verwaltung am 06.11.2019 (vgl. TOP 6.2.2 des Protokolls Nr. 12/2019) den Inhalt des Schreibens an den Ammersbeker Bürgermeister bekanntgegeben.

Bekanntlich hat die Stadt Ahrensburg die Erneuerung der Beleuchtung im Reesenbüttler Redder von einer finanziellen Beteiligung der Gemeinde Ammersbek abhängig gemacht. Die Ammersbeker Gemeinde hatte durch ihre Entscheidung am 23.07.2019 dieses zunächst abgelehnt.

Das Gespräch am 26.09.2019 und das daraufhin gefertigte Schreiben vom 30.09.2019 haben zwar bewirkt, dass dort die Vorlage Nr. 0135/X-1 mit Empfehlung des dortigen Finanzausschusses vom 26.11.2019 die Gemeindevertretung Ammersbek in ihrer Sitzung am 03.12.2019 folgendem Beschlussvorschlag gefertigt wurde:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Ahrensburg einen Vorschlag für eine gegenseitige Kostenbeteiligung bei Straßenbaumaßnahmen sowie laufenden Unterhaltungsmaßnahmen an den Straßen Reesenbüttler Redder sowie Kremerbergweg zu erarbeiten, welcher anschließend im Bauausschuss, im Finanzausschuss sowie in der Gemeindevertretung beraten wird.
2. Der Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 22.11./[05.12.1990](#) wird einvernehmlich mit der Stadt Ahrensburg dahingehend mit Wirkung ab dem [01.01.2020](#) zugestimmt, dass die Passage in § 2 Buchst. „b) zur Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz für Straßenbaumaßnahmen“ ersatzlos gestrichen wird.

Trotz der positiven Empfehlung des dortigen Finanzausschusses vom 26.11.2019 hat aber nunmehr die Gemeindevertretung Ammersbek in ihrer Sitzung am 03.12.2019 nur mit knapper Mehrheit dem 1. Teil des BV zugestimmt, den 2. Teil des BV hingegen deutlich abgelehnt. Noch nicht geklärt wurde in der Verwaltung, ob der Stadtverordnetenversammlung empfohlen werden soll, sämtliche Vertragsgrundlagen in Reaktion darauf zum Reesenbüttler Redder noch in diesem Jahr zu kündigen, um ggf. zum 01.01.2022 zu einer komplett neuen Grundlage zu kommen.

Der BPA nimmt sowohl von der kurzfristigen Ablehnung einer Anpassung der Vereinbarung als auch von der Bereitschaft zu Gesprächen über Kostenbeteiligungen an Grenzstraßen Kenntnis.

7. Erneuerung Hamburger Straße/Städtebauförderungsprogramm

AN/091/2019

7.1. Alternativantrag zu BV 2019/139 Erneuerung Hamburger Straße/ Städtebauförderungsprogramm Fraktion FDP

AN/109/2019

7.2. Ergänzungsantrag SPD-Fraktion zur Vorlage 2019-139 - Einrichtung eines Bauprojektmanagements bei der Erneuerung der Hamburger Straße

Es wird Bezug genommen auf die BPA-Sitzung am 06.11.2019 (vgl. Protokoll-Nr. 12/2019; TOP 7) einschließlich des seinerzeit vorgestellten Vortrages, den vorab eingegangenen Antrag Nr. 91 sowie den als Tischvorlage verteilten Ergänzungsantrag zum Bauprojektmanagement (vgl. Nr. 109).

In der Beratung verdeutlicht die Verwaltung anhand der diesem Protokoll als **Anlage** beigefügten Folien, die Ermittlung der Parkplatzanzahl bei den drei am 06.11.2019 vorgestellten Varianten Linksparken einseitig und beidseitig sowie Parken in Schrägaufstellung. Klargestellt wird hierbei, dass die Schrägaufstellung eine Verschiebung der Fahrbahn aus der Mittelachse nach Westen erfordern würde und trotzdem aus Gründen der Verkehrssicherheit insbesondere für den Radverkehr in beiden Richtungen abgelehnt werden muss.

Nach Vorstellungen des FDP-Antrages AN/091/2019 gibt die Verwaltung zu bedenken, dass nach dem Städtebauförderprogramm Mittel in ausreichendem Umfang für den anvisierten Ausführungszeitraum zur Verfügung gestellt worden sind, das provisorische Parken hinter dem Rathaus rechtzeitig vor Erneuerung der Hamburger Straße im Umfang von rund 120 Kfz-Plätzen realisiert werden könnte und der Bau der Tiefgarage (evtl. in Abschnitten) auf dem heutigen Rasenfeld des Stormarnplatzes erst beginnen sollte, wenn die Tiefgarage auf dem Grundstück Alte Reitbahn für die Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

Während die FDP die Straßenbaumaßnahme in der Hamburger Straße langfristig zurückstellen möchte, plädieren Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion zwar eine Grundsatzentscheidung zu treffen, dieses jedoch von der rechtzeitigen Schaffung von Ersatzparkraum abhängig zu machen. Insofern stellt sie den Antrag, den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/139 wie folgt zu ergänzen:

3. Mit dem Bau darf erst begonnen werden, wenn sichergestellt ist, dass die provisorischen Parkplätze auf der heutigen Rasenfläche des Stormarnplatzes gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden können.

In der nachfolgenden Beratung wird der Stand der Meinungsbildung in den einzelnen Fraktionen ausgetauscht. Die Skeptiker vertreten die Auffassung, wonach die Straßenbaumaßnahme zwar den Verkehr in der Innenstadt reduzieren kann, jedoch nicht zwangsläufig mit dem Abbau von Parkplätzen einhergehen sollte, mit der Folge, dass die Alternativen in der Hamburger Straße und eines möglichen Ersatzes vorerst näher untersucht und erörtert werden sollten. Dieses gilt auch für die Anordnung der Parkplätze unter Abwägung der ebenfalls bestehenden Gefahr für den Radverkehr beim Längsparken.

Auch die Befürworter sehen in der anstehenden Entscheidung lediglich einen Grundsatzbeschluss zur Vorentwurfsplanung, der hinsichtlich Materialität aber auch der Funktionalität (z. B. der Zahl an Parkplätzen und deren Lage auf Hochboard) noch in der Ausführungsplanung konkretisiert und ggf. angepasst werden muss.

Nach Vorstellung des Ergänzungsantrages AN/109/2019 durch Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion betont die Verwaltung, dass die Mittel für das Bauprojektmanagement bereits im Haushaltsbudget eingeplant sind und vorgesehen sei, einen differenzierten Terminplan zu erarbeiten, der den Belangen der Anlieger entgegenkommt. So sei eine verlängerte Bauzeit vorgesehen, um während des Weihnachtsgeschäftes eine Bautätigkeit in der Straße zu vermeiden. Sodann wird wie folgt entschieden

a) über den Antrag AN/091/2019

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür (SPD, FDP, Linke)
8 dagegen (CDU, Grüne, WAB)**

Dieser Antrag ist damit abgelehnt.

b) über den Ergänzungsantrag AN/109/2019 mit der Maßgabe, dass der nach Auskunft der Verwaltung bereits umgesetzte letzte Satz mit der Mittelbereitstellung entfällt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Sodann wird über den nachfolgenden, um Punkt 3 ergänzten **Beschlussvorschlag der Vorlage** abgestimmt:

1. Dem der Vorlage anliegenden Lageplan (**Anlage 2 – 4**) und Querschnitt (**Anlagen 5 – 6**) für die beschriebene Erneuerung der Hamburger Straße im Innenstadtbereich zwischen Rondeel/Hagener Allee und Woldenhorn/An der Reitbahn wird zugestimmt.
2. Bezüglich der Beleuchtung sowie der Oberbaumaterialien und der sich daraus ergebenden Bauweise wird eine separate Vorlage erarbeitet. Diese wird nach weiterer interner Abstimmung und Vertiefung der Planungen voraussichtlich im Frühjahr 2020 vorgestellt.

**8. Flächennutzungsplan (FNP)
- Wohnraumpotentialflächen für den 2. Entwurf des FNP**

AN/062/2019

**8.1. Änderungsantrag der WAB-Fraktion zum "Flächennutzungsplan (FNP)-
Wohnraumpotentialflächen für den 2. Entwurf des FNP"**

Die Verwaltung bezieht sich auf die BPA-Beratungen

- am 15.05.2019 (vgl. Protokoll-Nr. 6/2019; TOP 8/8.1) mit den Entscheidungen über die einzelnen Wohnbaupotentialflächen der ursprünglichen Vorlagen-Nr. 2019/020 und
- am 06.11.2019 (vgl. Protokoll-Nr. 12/2019; TOP 10) zur aktualisierten Vorlagen-Nr. 2019/020/1.

Die auch durch den am 06.11.2019 gestellten Antrag AN/062/2019 der WAB-Fraktion ausgelöste Diskussion, wie die Prognosezahlen zu berechnen sind – insbesondere unter Berücksichtigung des Bestandes für den Zeitraum von 2030 bis 2035 – führt zu dem Vorschlag der Verwaltung, den einen Satz des Beschlussvorschlages zu ergänzen (vgl. fette und kursive Schrift) so dass dieser wie folgt lautet:

Die in Anlage 4 und 5 dargestellten und am 15.05.2019 vom BPA beschlossenen Flächen werden als Potentialflächen in den 2. Entwurf des Flächennutzungsplan übernommen. ***Ausgenommen davon ist die Fläche Nr. 22 - Kornkamp nahe Bahnhof -, da eine Wohnbebauung an dieser Stelle rechtlich nicht möglich ist.***

Die Planzeichnung als auch die Begründung sollen die Potentialflächen darstellen, allerdings ohne Angaben zur Anzahl der möglichen Wohneinheiten und Wohndichten.

Für die Beschreibung der Bevölkerungsentwicklung wird die Prognose des Landes Schleswig Holstein 2015 – 2030 zugrunde gelegt. Eine zusätzliche Prognose bis 2035 soll an den Gutachter der o.g. Prognose in Auftrag gegeben werden.

Klargestellt wird zur Wohnraumpotentialfläche Nr. 22, dass deren Realisierung eine Einschränkung des bestehenden Gewerbes im Umfeld des Bahnhofhaltepunktes Gartenholz bedeuten würde und damit nicht zulässig sei. Zum Wegfall der Angaben, wie sich der Bedarf an Wohneinheiten an die einzelnen Potentialflächen verteilt, betont die Verwaltung auf Nachfrage, dass dieses Abwägungsergebnis der Kommunalpolitik keinen Formfehler darstelle und vom Land Schleswig-Holstein nicht gefordert werden kann. Gleichzeitig werde aber der Verwaltung ermöglicht, den Flächennutzungsplan weiter zu bearbeiten, auch wenn mit Blick auf die Lesbarkeit der „unverbindlichen“ Festsetzungen mehr zukunftsgerichtete Klarheit gewünscht worden wäre.

9. **Bebauungsplan Nr. 73, 1. Änderung "Jobcenter" für den Bereich Erika-Keck-Str. 1 und 2 (Flurstücke 560, 577, 578, 579, 580 und teilweise 561 der Flur 16)**
- **Beschluss über den Entwurf**
 - **Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB**
 - **Beschluss über die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Der Ausschuss hält weder einen Sachvortrag, noch eine Darstellung per Folien für erforderlich. Da sich auch keine Nachfragen ergeben wird über den vom Vorsitzenden verlesenen **Beschlussvorschlag** der Vorlage entschieden.

Abstimmungsergebnis **Alle dafür**

Anmerkung der Verwaltung:

Es teilten weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder mit, dass sie aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein befangen und damit von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen sind.

10. **Gestaltungssatzung für die historischen Gebäude in der Langen Reihe (Lange Reihe Nr. 1 - 8, Flur 14 - Flurstücke 3, 4, 5, 22)**
- **Beschluss über den Entwurf**
- **Beschluss über die Offenlage**
- **Beschluss über die Beteiligung**

Eine Erläuterung des Sachverhaltes wird von Seiten des BPA nicht für erforderlich gehalten.

Wie die Verwaltung klarstellt, sind im zweiten Teil des Beschlussvorschlages die Wörter „des Bebauungsplans“ durch „der Gestaltungssatzung“ zu ersetzen.

Sodann wird über den wie folgt lautenden **Beschlussvorschlag** abgestimmt:

1. Der Entwurf der Gestaltungssatzung für die Lange Reihe (Lange Reihe Nr. 1 – 8, Flur 14 - Flurstücke 3, 4, 5, 22) und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf der Gestaltungssatzung sowie die Begründung sind in Anlehnung an § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2019/119

11. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021

AN/084/2019

11.1. Antrag zum Haushalt / Bau- und Planungsausschuss PSK 54700 / 521000 Busverkehr, Erstellung eines alternativen Mobilitätskonzepts als Ergänzung zum ÖPNV

AN/085/2019

11.2. Planungs- und Baumaßnahme im Rahmen des Radverkehrskonzeptes

AN/093/2019

11.3. Bebauungsplan Nr. 100 - beschleunigtes Verfahren wegen Eilbedürftigkeit der Aufstockung des Parkhauses „Alter Lockschuppen“ Fraktion FDP

AN/110/2019

11.4. Antrag SPD-Fraktion Haushalt 2020/2021 Ausbau Bogenstraße

AN/111/2019

11.5. Antrag SPD-Fraktion - Haushalt 2020/2021 Ausbau Bünningstedter Straße

AN/112/2019

11.6. Antrag SPD-Fraktion - Haushalt 2020/2021 Sportpark Beimoor Süd

AN/113/2019

11.7. Antrag SPD-Fraktion Haushalt 2020/2021 Erneuerung/Sanierung Hage-ner Allee (zw. Starweg und Spechtweg)

Erinnert wird von Seiten der Verwaltung auf folgende bereits in den BPA-Sitzungen am 06.11.2019 (vgl. Protokoll-Nr. 12/2019; TOPs 6.2.4 und 13) und 20.11.2019 (vgl. Protokoll-Nr. 13/2019, TOP 9) angesprochenen Punkte mit Anpassungsbedarf; dieses sind:

1. Bei PSK 52100.0100000 zusätzlich und einmalig 16.000 € im Jahr 2021 für eine grundlegende Erneuerung des Programms ProBauG für bauaufsichtliche Verfahren.
2. Im Ergebnisplan des Produktes 54100 für die Erneuerung des Aufzuges in der Ladestraße als Zugang zum Bahnhof Ahrensburg

im Jahr 2020:	12.000 €
im Jahr 2021:	190.000 €
im Jahr 2022:	214.000 €
im Jahr 2023:	12.000 €

Unabhängig hiervon werden die von der DB-Station & Services aufgegebenen Ansätze kritisch hinterfragt.

3. Das PSK 54700.5312000 mit den Mitteln für die Finanzierung von bestellten ÖPNV-Leistungen über den Kreis Stormarn könnten angesichts der anstehenden Grundsatzentscheidung des Kreistages am 13.12.2019 spürbar – etwa um 200.000 € jährlich – eingekürzt werden.
 - a) Trotzdem ließe sich hierüber der Wochenendverkehr auf der Linie 576 zwischen U-Bahnhof Ahrensburg West und Allmende finanzieren, der nach Angabe des Kreises Stormarn zusätzliche Kosten von jährlich 14.500 € verursacht. Auf den Antrag AN/060/2019 zur Anbindung des Stadtteils Wulfsdorf sei verwiesen, über diesen kann in Kürze entschieden werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Thema steht auf der Tagesordnung der BPA-Sitzung am 18.12.2019.

- b) Zu dem nunmehr erstmals erwähnten Projekt Reallabor wurde vorab über folgenden Verfahrensstand informiert:

„Im Rahmen der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität der Bundesregierung soll in den kommenden zwei Jahren ein Reallabor eingerichtet werden, das die Möglichkeiten der Digitalisierung des Mobilitätssektors mit einer übergreifenden Koalition aus verschiedenen Partnern zeigen soll.

Das Reallabor soll den nutzerzentrierten Rahmen bilden, mit dem das Mobilitätssystem der Zukunft entsprechend dem Nachhaltigkeitskriterium gestaltet werden soll. Ziel ist es, konkrete Maßnahmen zu identifizieren, entwickeln und kombinieren, die erforderlich sind, um die bestehenden Mobilitätsträger einer Stadt oder Kommune so zu vernetzen, dass die Bürger*innen ihren Mobilitätswunsch gemäß ihrer Präferenzen (intermodal, schnell, einfach, bezahlbar, öko-logisch und nachhaltig) erfüllen können, so dass ein relevanter Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet werden kann.

Mittlerweile steht die Entscheidung, dieses Reallabor in Hamburg zu realisieren; die Hamburger Hochbahn AG hat die Verantwortung für die Umsetzung des Reallabors übernommen.

Neben dem urbanen Raum spielt natürlich auch der ländliche Raum eine Rolle. Derzeit steht die Idee im Raum, zusammen mit MOIA ein On-Demand-Angebot für die Stadt Ahrensburg zu implementieren, dass im Rahmen des Reallabors eingerichtet wird.

Die Nachricht der Hamburger Hochbahn AG erreichte die Stadt Ahrensburg über das Wirtschaftsministerium SH. Dem Stormarner Teil des Hamburger Abendblattes vom 03.12.2019 ist zu entnehmen, dass auch die Kommunen in südlichen Kreisgebieten in Frage kommen.“

In einem ersten Gespräch am 04.12.2019, an dem auch der Kreis Stormarn als Träger des ÖPNV teilgenommen hat, wurde folgendes Vorgehen verdeutlicht:

Das Projekt soll bereits im Februar 2020 initiiert werden mit dem Ziel, den Versuch von Mai/Juni 2021 bis Ende des Jahres 2021 – also rund sechs Monate – durchzuführen. Es steht im zeitlichen Zusammenhang mit dem ITS-Weltkongress 2021 in Hamburg, der vom 11. bis 15.10.2021 in Hamburg stattfindet.

Denkbar für Ahrensburg zeichnet sich eine Verbindung ab unter Einbeziehung der vier Bahnhöfe, evtl. ein bis zwei virtuellen Standorten in der Innenstadt und dem nördlichen Gewerbegebiet (Beimoor-Süd und Gewerbegebiet Nord).

Die Förderung ist maßgeblich, Quoten- und Förderbedingungen allerdings noch in der Diskussion.

Um trotz der zurzeit vagen Angaben überhaupt auf das Angebot reagieren zu können, müssten im Haushaltsplan zunächst Pauschalbeträge von rund

— 25.000 € in 2020 für die Ausarbeitung des Konzeptes und

— 100.000 € in 2021 für die Durchführung

bereitgestellt werden, allerdings mit einem Sperrvermerk, dass der BPA dieses Geld freigeben muss.

Unter dieser Voraussetzung könnten die Akteure das angedachte Projekt in der BPA-Sitzung am 18.12.2019 konkretisiert vorstellen.

Mit diesem Vorgehen erklärt sich der BPA einverstanden.

- c) Auf die Anfrage AF/2019/022 hat die Verwaltung eine Stellungnahme (vgl. Anlage zu TOP 12) abgegeben, die als Empfehlung angesehen werden muss bei der Position 54700.5431010 pauschal 50.000 € in 2021 einzustellen, auch wenn über die Erprobung neuer Mobilitätskonzepte gesonderte Mittel eingeworben/beantragt werden (vgl. vorstehend unter Punkt 3 b und Antrag AN/084/2019).
- d) Bei PSK 54100.0900001/Projekt-Nr. 206 werden für den Ausbau Bredenbekweg Mehrkosten von 75.000 € benötigt, sodass sich der Ansatz im Jahr 2020 auf 650.000 € erhöht.
- e) Unter Bezug auf die Beratung am 20.11.2019, in der dem BPA anhand der Vorlagen-Nr. 2019/133 die „Ergebnisse der Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße (AN/006/2019)“ vorgestellt worden sind und er unter anderem einstimmig beschlossen hat

Zur besseren Querung der Dorfstraße wird eine Mittellinsel/Kreisverkehr im Bereich Bushaltestelle/Teichstraße geprüft.

berichtet die Verwaltung, dass für diese Maßnahme nach einer überschlägigen Ermittlung beim Produkt 54100 (Gemeindestraßen)

— 20.000 € im Jahr 2020 für die Planung und

— 90.000 € im Jahr 2021 für den Bau (abgesichert durch eine Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2020 um eine Winterausschreibung zu gewährleisten)

benötigt werden.

Darüber hinaus werden die sonstigen haushaltsrelevanten Anträge/Anfragen und Nachfragen erörtert und zwar in folgender Reihenfolge:

- I. Antrag AN/110/2019 zum Ausbau Bogenstraße (als Tischvorlage verteilt)

Klargestellt wird, dass die unter PSK 54100.0900001/Projekt-Nr. 202 dargestellte Maßnahme, die den Abschnitt Brückenstraße bis Kehre/Brinckmann betrifft, einerseits wegen des S 4-Projektes und der Schließung des ehem. Bahnüberganges Kuhlenmoorweg und andererseits wegen des allgemein schlechten Zustandes zwangsläufig durchgeführt werden muss und das Verschieben eines Projektes eine zeitliche Neuordnung von anderen Tiefbaumaßnahmen zur Folge hätte. Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

- II. Antrag AN/111/2019 zum Ausbau Bünningstedter Straße zwischen Ortseingang und Knoten Jungborn/Steinkamp (als Tischvorlage verteilt)

Die im Haushaltsplan unter PSK 54300.0900001/Projekt-Nr.242 dargestellte Maßnahme ist in der Endphase der Planung, sodass im Herbst 2020 ausgeschrieben und die Maßnahme im Jahr 2021 komplett durchgeführt werden könnte.

Der Vorsitzende lässt trotzdem über den Antrag abstimmen allerdings mit der Ergänzung, dass im Haushaltsplan 2020 eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Jahres 2022 berücksichtigt wird.

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür (SPD, FDP)
10 dagegen (CDU, Grüne, WAB, Linke)**

Der Antrag ist damit abgelehnt.

III. Antrag AN/112/2019 Bauleitplanung Sportpark Beimoor-Süd (als Tischvorlage verteilt)

Nach der Erläuterung des Antrages, im Ergebnisplan unter dem Produkt 51100 die Planungsmittel von 100.000 € für 2020 einzustellen, verweisen andere Ausschussmitglieder auf die derzeit laufende Erstellung des Sportstättenbedarfsplanes, der erst im Jahr 2020 abgeschlossen werden soll.

Auf Wunsch eines Ausschussmitgliedes, der eine Abstimmung in der Fraktion wünscht, wird der Antrag in dieser Sitzung zurückgestellt, wohlwissend, dass hierüber in der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2019 zu entscheiden ist.

IV. Antrag AN/113/2019 Hagener Allee zwischen Starweg und Spechtweg (als Tischvorlage verteilt)

Das Zurückstellen der Entscheidung zur Beratung in den Fraktionen und damit bis zu einer direkten Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2019 betrifft auch diesen Antrag.

V. Antrag AN/093/2019 zur Aufstockung der P&R Anlage Alter Lokschuppen

Nach Vorstellung des Antrages berichtet die Verwaltung, dass der B-Plan Nr. 100, der auch noch das heutige Edeka- und künftige Kino-grundstück in der Bahnhofsstraße umfasst, ohnehin kurzfristig abgeschlossen werden kann; noch in diesem Monat steht die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an. Durch das Trennen des Verfahrens und das Weiterbetreiben von zwei Bauleitplanverfahren für jeweils ein Grundstück würde sich kein Zeitvorteil ergeben bei steigendem Personal- und Mitteleinsatz. Klargestellt wird, dass die Bauleitplanung in der Bahnhofstraße zwar inhaltlich an die Bebauung des Grundstückes Alte Reitbahn gekoppelt ist, allerdings vorgezogen werden kann.

Der Antrag wird daraufhin nicht weiterverfolgt, allerdings wird auf die Eilbedürftigkeit hingewiesen, um das Parkhaus Alter Lokschuppen tatsächlich aufstocken zu können.

VI. Antrag AN/084/2019 zum Erstellen eines alternativen Mobilitätskonzeptes

In der Erläuterung des Antrages wird verdeutlicht, dass dieser Antrag auf die Kontakte zu IOKI zurückzuführen ist und das Projekt im Gegensatz zum „Reallabor“ (vgl. oben unter Nr. 3 b) längerfristig angelegt werden sollte. Der Geschäftsführung von IOKI sollte ebenfalls kurzfristig die Gelegenheit gegeben werden, das eigene Vorgehen unter Anbindung an den ÖPNV-Tarif und die örtlichen Verkehrsunternehmen vorzustellen.

Hierzu beantragt ebenfalls eine Fraktion erst nach einer internen Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2019 zu beraten und zu entscheiden; diesem Wunsch folgt der BPA ebenfalls.

VII. Antrag AN/085/2019 zum Radverkehrskonzept

Trotz des Hinweises, dass der Einsatz der zusätzlichen Mittel bei der Personalausstattung des FD IV.3 Straßenwesen mit den vielen konkret beschlossenen Planungs- und Baumaßnahmen für den Radverkehr nicht gewährleistet werden kann, halten die Ausschussmitglieder die Richtungsentscheidung für geboten; über den Antrag wird entschieden.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

VIII. Des Weiteren ergeben sich zu Anlage 3 der Vorlagen-Nr. 2019/119 folgende Nachfragen und Bitten:

- a) Bei einer Überarbeitung sollten auf Seite 4 in der Begründung des Ansatzes bei PSK 51100.5431010 auch auf die Kosten für den Wettbewerb zum Neubau des badlantic hingewiesen werden.
- b) Die auf Seite 5 bei PSK 52100.4311000 dargestellte Reduzierung der Baugebhreineinnahmen ab 2022 scheint gerechtfertigt vor dem Hintergrund, dass keine größeren Neubaugebiete realisiert werden und gerade die Gewerbebauten mit den diese auslösenden höheren Gebühren entfallen werden.
- c) Gebeten wird den größeren Mitteleinsatz bei PSK 54500.5221020 auf Seite 16 zu verdeutlichen, indem der Ansatz auf die dargestellten Einzelleistungen des Bauhofes verteilt wird. Diese ergänzende Darstellung sagt die Verwaltung innerhalb des Protokolls zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Im Jahresergebnis 2018 sind unter diesem PSK Gesamtkosten in Höhe von **627.121,90 €** ausgewiesen. Im Einzelnen ergibt sich eine Aufteilung der Bauhofleitung auf folgende Positionen:*

219.182,41 €	Winterdienst
143.001,66 €	Straßenreinigung Kleinkehrmaschine
133.500,00 €	Papierkorbentleerung
67.331,78 €	Laubbeseitigung und -entsorgung
52.960,00 €	Reinigung Straßeneinläufe
7.257,41 €	Kehrgut und Kehrgutzwischenlager
3.833,74 €	Hundekottüten
54,90 €	Sonstiges
627.121,90	Summe

- d) Das auf Seite 18 genannte Investitionsprojekt Fahrradstellanlage Ladestraße musste mit aktualisierten, sprich höheren Mittelansätzen ausgestattet werden, um die beschlossene Ausführung erneut ausschreiben zu können. Ob die erhöhten Mittel trotzdem benötigt werden, hängt von dem Ergebnis der zweiten Ausschreibung ab.

Entschieden wurde seinerzeit, die Massen beim Projekt nicht zu reduzieren; dieses hätte eine neue Planung des gesamten Projektes erfordert.

Letztlich kommt man einvernehmlich überein, die Anregungen der Verwaltung automatisch mit in den Beschlussvorschlag zu integrieren und darüber hinaus die beschlossene Mittelaufstockung beim Radverkehrskonzept.

Eine gesonderte BPA-Sitzung am 16.12.2019 vor der Stadtverordnetenversammlung wird angesichts der drei offenen Entscheidungen zu den Anträgen Nr. 84, 112 und 113 nicht für erforderlich gehalten.

Die Verwaltung sagt zu, den Entwurf des Protokollauszuges kurzfristig über den üblichen Verteiler zu versenden und die einzelnen beschlossenen Positionen in einer aktualisierten Änderungsliste zur STV-Sitzungsvorlage darzustellen.

Letztlich wird mit den beschlossenen Veränderungen über folgenden **Beschlussvorschlag** abgestimmt:

Die Haushaltssatzung für die Jahre 2020 und 2021 wird in der als Anlage 1 der Vorlagen-Nr. 2019/119 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

12. Anfrage zur Erstellung eines ÖPNV-Konzeptes

Zu der Anfrage wurde am 27.11.2019 Stellung genommen; diese Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Beratung wurde im Rahmen des Haushaltsplanes vorgenommen (vgl. TOP 11 unter Nr. 3 c).

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

13.1. Überdachung und Aufzug am Bahnhofszugang Ladestraße

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf seinen Hinweis am 21.08.2019 zu den Entwässerungsproblemen am zentralen Zugang zum Bahnhof Ahrensburg von der Ladestraße aus. Vermutlich sei das hohe Dach undicht, wodurch viel Regenwasser die dortigen Treppen und den Aufzug herunterlaufe und auch im Fußgängertunnel für große Wasserlachen Sorge.

Die Verwaltung hat sich deswegen mit der DB Station & Service AG in Verbindung gesetzt, jedoch noch keine Antwort erhalten. Sie sagt zu, nachzufassen und die Zuständigkeit für die Überdachung zu klären, die sich außerhalb des eigentlichen Bahngeländes befindet. Die Klärung sei dringlich, angesichts der anstehenden Erneuerung des darunter befindlichen Aufzuges (vgl. Haushaltsberatung unter TOP 11).

13.2. Bauleitplanung für den Stadtteil Ahrensfelde

Wie die Verwaltung auf Nachfrage klarstellt, gilt der B-Plan Nr. 57 nicht flächendeckend im Stadtteil Ahrensfelde. Unter anderem wurde die Tennisanlage in der Straße Up'n Barg nicht mit erfasst wegen der von ihr ausgehenden Lärmproblematik.

Ein Ausschussmitglied bittet daraufhin, ihm die maßgeblichen Entscheidungsunterlagen zur Verfügung zu stellen, insbesondere die Genehmigungshinweise des Landes Schleswig-Holstein.

13.3. Busverkehr Meisenweg und ÖPNV-Anbindung des Stadtteils Ahrensfelde

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf folgenden Berichtsteil der BPA-Sitzung am 06.11.2019 über die aktuellen Entwicklungen im ÖPNV/Busverkehr:

„Die im Zusammenhang mit der Erschließung der südlichen Stadtteile stehende Forderung nach einer verbesserten Anbindung des Stadtteils Ahrensfelde wird derzeit überprüft.“

Dort wird konkret ausgearbeitet eine stündliche Verbindung der Linie 269 in den Ortskern mit der Folge, dass auch der Verkehr in Richtung Westen über den Spechtweg (bisher Meisenweg) laufen müsste und dort auf Höhe des Wanderweges zum Meisenweg eine neue beidseitige Haltestelle entsteht.“

Angesichts des starken ruhenden Verkehrs im Meisenweg und der damit einhergehenden Probleme, fordert es die Verwaltung auf, die angedachte neue Linienführung in Zusammenarbeit mit dem Kreis Stormarn und der HVV GmbH auszuarbeiten und ggf. zur Entscheidung dem BPA vorzulegen.

13.4. Baustelleneinrichtung südlich des Fußgängertunnels Manhagener Allee

Auf Nachfrage von Ausschussmitgliedern berichtet die Verwaltung, dass sich die Baumaßnahme zur Erneuerung der Nebenanlagen in der Manhagener Allee durch den damit einhergehenden Leitungsbau verzögert und voraussichtlich erst im April 2020 abgeschlossen werden kann. Bis dahin werde die innerhalb der Straßenbaumaßnahme befindliche Lagerfläche auf dem Parkplatz südlich des Tunnels Manhagener Allee benötigt.

In diesem Zuge sagt die Verwaltung zu, den Ausschussmitgliedern die Sondernutzungssatzung mit der dazugehörigen Gebührentabelle (außerhalb des Protokolls) zur Verfügung zu stellen.

13.5. Zusammenfassung von Straßenbaumaßnahmen

Wie die Verwaltung auf Nachfrage bestätigt, wird von Seiten des Bauamtes versucht, Leitungsverlegungen aller Art wenn irgend möglich zusammen zu fassen, um das mehrmalige Aufgraben in Straßenabschnitten innerhalb kürzester Zeiträume zu vermeiden. Dieses gelte insbesondere für Straßenbaumaßnahmen, nach deren Beendigung versucht werde, eine fünfjährige Sperrzeit für Leitungsänderungen einzuhalten. Diese Forderung sei jedoch rechtlich schwer durchzuhalten.

13.6. Rechtzeitiges Stellen und Bekanntgeben von Anträgen

Anlässlich der zu den Haushaltsberatungen unter TOP 11 erst in der Sitzung verteilten Anträge, appelliert ein Ausschussmitglied derartige Anträge künftig so rechtzeitig zu stellen, so dass eine vorhergehende Abstimmung innerhalb von Fraktionssitzungen ermöglicht wird.

13.7. Staus in der Lübecker Straße und Realisierung der Nordtangente

Ein Sitzungsteilnehmer berichtet von den insbesondere in den morgendlichen Spitzenstunden auftretenden größeren Staus in der Lübecker Straße, wovon insbesondere der motorisierte Individualverkehr aus Richtung des Stadtteils Kremerberg massiv betroffen ist.

Auf die hiermit im Zusammenhang stehende Nachfrage zur Planung und zum Bau der Nordtangente verweist die Verwaltung auf die Vorstellungen/Bedingungen der Gemeinde Delingsdorf zum Trassenverlauf der Nordtangente in ihrem Hoheitsgebiet, für die es in der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung offensichtlich keine Mehrheit gebe.

13.8. Lichtsignalanlage Hamburger Straße/Brauner Hirsch

Auf Hinweis eines Ausschussmitgliedes sagt die Verwaltung zu, die Lichtsignalanlage an der Einmündung der Straße Brauner Hirsch in die Hamburger Straße zu überprüfen hinsichtlich des Linksabbiegers in der Hamburger Straße.

13.9. Behinderten-WC in der Großen Straße

Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes nach dem Verfahrensstand bestätigt die Verwaltung, dass das Behinderten-WC in der Großen Straße nunmehr ausgeschrieben worden sei; die Submission ist für den 17.12.2019 angesetzt.

13.10 Fahrradbügel vor dem Peter-Rantzau-Haus

.

Ein Ausschussmitglied verweist auf die Zusage der Verwaltung, die zusätzlich benötigten Fahrradbügel im Umfeld des Peter-Rantzau-Hauses noch in diesem Kalenderjahr aufzustellen und hofft auf eine fristgemäße Umsetzung.

gez. Markus Kubczig
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer